



Obama und Merkel in Amerika zu Europa und Mittelost

Ukraine, Cyberdialog, Ausbruchszeit, Wahlen und Rückfälle

Präsidentialwahlen in der [Ukraine](#) wollen Amerika und Deutschland kräftig unterstützen, sagte Kanzlerin Merkel im Rosengarten des Weißen Hauses. Ihren Streit mit Präsident Obama zu Lauschangriffen möchte sie nun durch einen bilateralen Cyberdialog abklären. Angela [Merkel](#), die Freitag, den 2. Mai, aus Washington DC heimreiste, war unzufrieden, indes Barack H. Obama zum *business as usual* übergehen, aber Berlin keine Extras unter Freunden und Alliierten einräumen wollte. Beide sprachen über Iran und Syrien. Nichts verlautete darüber, daß die [Friedenssuche](#) zwischen Israelis und Palästinensern scheiterte.



Photo: Public Domain, The White House, Pete Souza

Präsident Obama und Kanzlerin Merkel im Küchengarten am 2. Mai 2014

Auf der Pressekonferenz im Rosengarten am Freitag, den 2. Mai, zeigten sich beide einig, gegen Wladimir W. Putins Taktik anzugehen. Man könnte sie so formulieren: Militante destabilisieren die östliche und südliche Ukraine derart, daß sich „Rußland an keinerlei Abkommen gebunden fühlt“ und eingreift, womöglich vor den am 25. Mai geplanten Wahlen. Während Merkel für diesen Fall von der dritten Stufe an Sanktionen spricht, geht auch Obama dahin. Freilich fällt bei ihm auf, daß er nicht das russischen Volk bestrafen, sondern Russland einen Anreiz dafür geben will, einen besseren Lösungsweg zu beschreiten, und zwar einen diplomatischen Weg. Sanktionen seien kein Selbstzweck. Indes rechnet er nicht damit, daß der Kreml den Erdgashahn für Europa abdrehen würde.

Das sieht Angela Merkel etwas anders. Zumindest verweist darauf, daß in nächsten zehn bis 15 Jahren sechs Länder Europas voll vom russischen Erdgas abhängen. Dem will sie durch eine Art Energieverbund entgegen treten wie ebenso Obama darauf vierwies, daß Amerika bereits Lizenzen für den Erdgasexport nach Europa genehmigt habe.

Ernüchterung

Militärisch sei man sich einig, den Nato-Artikel fünf zum allseitigen Schutz zu befolgen, sollte ein Alliiertes angegriffen werden. Obama betonte, daß auch Jets der Luftwaffe die baltischen Grenzen patrouillieren. So gut es ist, resolut Stärke und Einheit zu zeigen, so schnell kann daraus die Flamme eines Konflikts schlagen, mag der Leser denken, der mit dem Start des Ersten Weltkriegs vertraut ist, der sogleich Bündnisachsen verwickelt hat. Andererseits ist es Putin, der die Nachkriegsordnung in Frage stellt, indem er die Krim im Schatten der militärischen Erpressung annektiert hat und auf diese Art weitermachen will.

Wie geriet dieses freie und mehr oder weniger einige Europa in eine solche Schwäche-lage? Obama sprach dies an. Wie auch sein Verteidigungsminister bat er Europäer, aufzu-rüsten. Laut Chuck Hagel sei Amerikas Nato-Beitrag weiter disproportional: es gebe drei-mal so viele Dollar wie all die anderen 27 Mitglieder zusammen aus. Seine Vorgänger im Amt hätten in den Jahren zuvor Europäer zum erhöhten Beitrag gebeten, aber kaum ein Echo gefunden. In Vorjahren lief diese Idee der Nato zuwider: das Ende des Kalten Krieges führe in Europa zum Ende der Geschichte, Unsicherheit und Aggression durch [Nationalstaaten](#). Aber die Moskauer Aktionen gegen die Ukraine zerschlagen jetzt diesen Mythos. In der Tat, einige Osteuropäer zweifeln gar an Nato-Fähigkeiten, die Aggression abzuweisen.

Jetzt ist Besonnenheit wichtig, auch unter Alliierten. Wenn Merkel von Obama Klarheit in Sachen Spionage und der [Balance](#) zwischen der Intensität von Überwachung auf der einen Seite, dem Schutz vor Gefahren der Bürgerinnen und Bürger, und der Sicherung der privaten Freiheit und der Persönlichkeitsrechte auf der anderen Seite fordert, so sollte er sensibel darauf eingehen. Im Moment erkennt er offenbar nicht voll die psychologi-sche Tragweite eines geplanten deutsch-amerikanischen [Cyberdialogs](#). Hier muß er ein-deutig und rasch nachlegen. Denn schon mehrten sich in Europas Konzert die schrillen, anti-amerikanischen Töne. Gut deshalb, daß Merkel auch die engere Kooperation unter Parlamentariern beider Seiten erweitern will. Das dämpft den Fokus auf das Weiße Haus.

Ausbruchszeit

Beim Mittagessen erörterten Merkel und Obama einerseits die Verhandlungen mit dem [Iran](#) über das Atomprogramm. Zwar hat Teheran eben der Wiener Atomenergieagentur Informationen über Zünder mit militärischen Anwendungen vorgelegt; dies als einen von sieben vor drei Monaten vereinbarten, bis zum 15. Mai zu erledigenden Punkten. Jedoch spielt gleichwohl hier Moskaus heißkalter Krieg hinein. Denn der Kreml und Teheran vereinbarten am 28. April in London Schritte, die eine Überschreitung der im [P5+1-Nuk-learpakt](#) gesetzten Grenze von einer Million Barrel am Tag, die Iran verkaufen kann, be-deuten mag: der Kreml nimmt alsdann [Iran](#) täglich eine halbe Million Barrel für Waren-exporte ab.

Auch wollen Russen Wasserenergiewerke im Iran bauen lassen. Wohl verwies Obama auf seinen und Merkels gemeinsamen Willen, Teheran nicht Nukes erhalten zu lassen. Doch erklärte Außenminister John Kerry am 8. April, daß sich Irans „[Ausbruchszeit](#)“ auf zwei Monate verringert habe. In 60 Tagen kann es Brennstoffe für eine Atombombe bereitstellen. Obama und Merkel tragen, wie geplant bis zum erhofften Ende der Gesprä-che am 20. Juli, eine enorme [Verantwortung](#), einen solchen Negativfall auszuschließen.

Antagonisten

Andererseits ging es nach Scheitern von [Genf II](#) um [Syrien](#) - im [Lichte](#) der im Juni kommenden Präsidentialwahlen. Zweierlei ragt heraus. Wohl fügen sich alle dem Plan des Regimes für Wahlen. Tony Blair hielt es gar am [23. April](#) für möglich, Bashshar [al-Asad](#) in einer Übergangszeit regieren zu lassen, da es keine bessere Alternative gebe. Zudem solle man Flugverbotszonen festlegen und dafür sorgen, daß die Extremisten durch Nachbarn keine Waffen mehr erhalten. Umgekehrt muß London sichern, daß keine britischen Jihadis mehr dorthin gelangen (400 taten dies, 1.200 Europäer insgesamt, darunter 700 Franzosen).

Doch Obama erklärte auf der Pressekonferenz mit Kanzlerin Merkel, weiter der „moderaten Opposition“ zu helfen. Das ist der Syrische Oppositionsrat (samt der [Freien Syrischen Armee](#)) unter Ahmad [al-Jarba](#), dessen Verbindungsbüro in Washington am 5. Mai formell zur Diplomatischen Mission aufgestuft wurde. Auch hier hängt zu viel von [Putin](#) ab, den Obama im *salto mortale* vor einem [Risikokrieg](#) noch in eine [Sonderstellung](#) hob. Jetzt steht die Idee der „regionalen Partnerschaft von [Antagonisten](#)“ in Frage. Indes läßt al-Asad weiterhin Zivilisten töten - wie die 47 Kinder einer Schule Aleppos am 30. April.

Rückfälle

Merkwürdig, daß Präsident Obama und Kanzlerin Merkel nichts über das Scheitern in der Friedenssuche beiderseits des Jordan sagten. Mit fehlendem Erfolg und dem Auslaufen der vereinbarten Frist am [29. April](#) starb die zweite Initiative der Obama-Administration, der sich John Kerry in seiner neunmonatigen Pendelei angenommen hatte. Doch angesichts der regionalen Destabilität blieb es nur eine Halbchance. Ohne hier tiefer zu gehen, sei je ein Hauptfehler der drei Hauptseiten genannt. Obama klagte in seinen Reden ein Dutzend Mal die Siedlungspolitik Israels an. Sogleich sprang Mahmud Abbas auf den Zug und meinte, könne er weniger als der Präsident verlangen? Amerikaner waren nicht neutral, die Seiten redeten mehr mit ihnen als untereinander. Die Siedlungen betreffen bis fünf Prozent. Ist man sich einig, einschließlich des jüdischen Staats Israel, der am 14. Mai 1948 unabhängig wurde, können die Flächen dafür im Konsens 1:1 getauscht werden. Palästinenser bleiben in Gaza und Westbank ideologisch gespalten. Im jüngsten Versuch ihrer Einheit vom 23. April reihte sich Abbas in die Riege der Islamisten wie Hamas und al-Jihad al-Islami, die Israels Vernichtung erklären. Samstag, den 3. Mai, sagte Hamas-Vize Musa Abu Marzuq in Gaza: „Wir werden das zionistische Gebilde [al-Kiyani as-Sahyuni] nicht anerkennen.“ Gleichwohl fiel die [Arabische Liga](#) in ihr altes Nein zurück.

Israel hingegen muß seine Positionen weithin noch aktiver vortragen. Es gibt dazu viel Unwissen. Nun beginnt eine Phase von Konflikten, zunächst in 15 Weltgremien, dann in 40 solcher Körperschaften und Verträgen, denen Palästinenser beitreten wollen, darunter der Den Haager Internationale Strafgerichtshof. Sie haben Chancen, schaut man auf die Abstimmungsverhältnisse. Immerhin werden sie sich durch ihren Beitritt in die vier Genfer Konventionen 1949 mit dem gleichen Maß messen lassen, das sie Israel anlegen wollen. Jedoch löst dies noch nicht das Kernproblem: sie müssen *mit* Israelis beiderseits akzeptable Wege finden.

[Wolfgang G. Schwantz](#)

Dazu [Buch](#) *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: [Yale](#), February 25, 2014, 360 pp. [Mehr](#) in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neuerscheinung](#), 10. Juni 2013: [Buch](#) in [Berlin](#) [bestellbar](#).